

Niederschrift

über die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich –

Datum: 30.08.2010

Ort: Ratszimmer, Rathaus Grüna, Chemnitzer Straße 109, 09224 Chemnitz

Zeit: 19:00 Uhr - 21:00 Uhr

Vorsitz: Lutz Neubert

Beschlussfähigkeit

Soll: 12 Ortschaftsräte+Ortsvorsteher
Ist: 11 Ortschaftsräte+Ortsvorsteher

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Ronny Bernstein

Urlaub

Ortsvorsteher

Herr Lutz Neubert

Ortschaftsratsmitglieder

Herr Patrick Andrä

Herr Gunter Elsner

Herr Gunther Endrikat

Herr Ullrich Hammer

Herr Dr. Fritz Hähle

Herr André Mai

Herr Thomas Renneberg

Frau Angela Schneider

DIE LINKE

Frau Christine Schubert

Herr Fritz Stengel

Herr Michael Wirth

SPD-Fraktion

Schriftführerin

Frau Christine Vieweg

1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ortsvorsteher **Herr Neubert** eröffnet die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna – öffentlich – und begrüßt die Mitglieder des Ortschaftsrates, sowie die Bürger von Grüna. Er weist darauf hin, dass diese außerplanmäßige Sitzung notwendig ist, um die terminliche Beschlussfolge für Vorlage Nr. B-177/2010 (TOP 3.1) einhalten zu können.

2 Feststellung der Tagesordnung

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgelegt**.

3 Vorlagen an den Stadtrat/Ausschuss

3.1 Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept 2015 der Stadt Chemnitz Vorlage: B-177/2010 Einreicher: OBM, D 1, D 2, D 3, D 5, D 6

Herr Neubert stellt fest, dass die Vorlage einige redaktionelle Änderungen zum „EKKo“ vom Juni 2010 enthalte, die sicher auch auf unsere vorab eingereichte Stellungnahme zurückzuführen seien. Eine konkrete Verbesserung sei jedoch nicht zu erkennen. Speziell in Maßnahme 15/10 seien Kostengründe nur vorgeschoben, um die unbequemen Ortschaftsräte abzuschaffen. Es bleibe unbeachtet, dass Ortschaftsräte mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit, mit Ortskenntnis und Sachverstand der Stadtverwaltung auch Unterstützung leisten. Dieses Potential würde von Seiten der Verwaltung nur ungenügend genutzt. Die vorgesehene Neugliederung der Stadt in „Versammlungsgebiete der Einwohnerversammlungen“ erscheine als übergestülpte Struktur; die geplante Internet-Plattform könne die derzeitigen Ortschaftsräte als Ansprechpartner für die Bevölkerung nicht ersetzen. Bedenklich sei ebenfalls, dass ein demokratisch von den Bürgern gewählter Ortschaftsrat einem Sparkonzept zum Opfer fallen solle.

Er erläutert weiterhin die Verfahrensweise der heutigen Abstimmung über dieses Konzept und verliest den ersten Teil der ausgereichten Tischvorlage, welche Beschlusssentwürfe des Ortsvorstehers enthält. Es wird vorgeschlagen, über die Grüna betreffenden Maßnahmen zu beraten und Punkt für Punkt abzustimmen. Die Ortschaftsräte sind damit einverstanden.

Maßnahme 15/10 (Anhörung)

Neukonzeption der Bürgerbeteiligung für alle Stadtteile von Chemnitz unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung; Aufheben der Ortschaftsverfassung

Frau Schneider bedankt sich für die in Vorbereitung der Sitzung geleistete Arbeit und stellt fest, dass damit die Absurdität der Maßnahmen noch einmal deutlich würde.

Herr Wirth und Herr Dr. Hähle stimmen zu und haben dem nichts hinzuzufügen.

Beschluss:

Die Maßnahme 15/10 wird **einstimmig abgelehnt**.

Maßnahme 15/05 (Anhörung)

Reduzierung der Sachausgaben im Bürgermeisteramt (Zuwendungen f. Vereine u. Ortsfeste)

Herr Neubert schlägt vor, diesem Punkt unter der Bedingung zuzustimmen, dass die Ortschaftsverfassungen erhalten bleiben. Ein Ortschaftsrat könnte durch eigene Aktivitäten dazu beitragen, die Folgen der Mittelkürzung abzumildern. Das Potential von Handwerk und Gewerbe in Grüna könne nur genutzt werden, wenn die örtliche Identität erhalten bleibe.

Frau Schneider ist sich nicht ganz sicher, ob die bedingte Zustimmung richtig ist.

Herr Wirth findet das so in Ordnung, weil der Ortschaftsrat die Unterstützung der Vereine mit beeinflussen könne. Diese Möglichkeit müsse erhalten bleiben.

Herr Dr. Hähle findet das so auch in Ordnung.

Beschluss:

Der Maßnahme 15/05 wird **unter der Bedingung**, dass die Maßnahme 15/10 nicht umgesetzt wird, **einstimmig zugestimmt**.

Maßnahme 17/07 (Anhörung)

Veräußerung oder Übertragung von 8 ehemaligen Ortsteilrathäusern ...

Herr Neubert zeigt sich empört über die Formulierung „ehemalige Rathäuser“, die auch in der „Freien Presse“ benutzt wurde. Ein Erhalt des Rathausgebäudes als identitätsstiftender Ortsmittelpunkt mit wichtigen öffentlichen Funktionen sei unbedingt notwendig. Unverständlich sei, weshalb in unserem Rathaus derzeit fünf Räume leer stehen. Hier liege Sparpotential auf der Hand. Am Gebäude wurden umfangreiche Baumaßnahmen durchgeführt, auf Einnahmen aus Vermietungen würde aber bisher teilweise verzichtet.

Herr Hammer meint, die Bürger von Grüna könnten nicht verstehen, dass im „bürgerfreundlichen“ Chemnitz längere Wege in Kauf genommen werden sollen.

Herr Wirth weist darauf hin, dass die Arbeit der Bürgerservicestelle in Grüna von einer Veräußerung des Gebäudes zunächst unabhängig sei. Ein Rathaus sei es in dem Sinne dann aber nicht mehr, und er schließt sich im Übrigen der Meinung von Herrn Neubert an.

Herr Stengel schlägt vor, die Initiative zu ergreifen und Vorschläge für eine bessere Nutzung des Rathauses zu machen, die dann mit der Stadtverwaltung (Zentrale Gebäudebewirtschaftung) besprochen werden. Diese müsse aber auch über die wirtschaftliche Situation des Gebäudes informieren, was bisher nicht geschehen sei.

Herr Neubert sieht es in diesem Zusammenhang von Vorteil, wenn dem Ortschaftsrat mehr Kompetenzen zugesprochen würden.

Beschluss:

Die Maßnahme 17/07 wird in der vorgelegten Form **einstimmig abgelehnt**.

Maßnahme 33/06 (Anhörung)

Mobiler Bürgerservice – Anpassung an Bedarf bzw. Einstellung

Herr Stengel plädiert dafür, zu dieser Maßnahme einen Beschluss zu fassen, auch wenn Grüna davon nicht direkt betroffen sei. Es gehe um den Bürgerservice in den ländlichen Gebieten, der mit der Innenstadt nicht vergleichbar sei. Eine völlige Einstellung des Bürgerservice sei inakzeptabel.

Beschluss:

Der Maßnahme 33/06/01 wird **einstimmig zugestimmt**.

Die Maßnahme 33/06/02 wird **einstimmig abgelehnt**.

Maßnahmen 17/01, 17/02, 17/03 (Einbeziehung)

Komplettvergabe der Außenrevier-, Sportplatz- und Spielplatzpflege und Anliegerpflichten im Sommer- und Winterdienst an allen Schulen und Kitas; gleichzeitig Reduzierung der Hausmeisteraufgaben.

Herr Neubert lehnt diese Maßnahme schon aus dem Grund ab, weil ständig Beschwerden über ungenügend ausgeführte Arbeiten eingingen. Weit gereiste Firmen wären nicht vor Ort, wenn sie dringend gebraucht würden, sondern wenn es im Terminplan steht. Eine weitere Zentralisierung sei deshalb nicht gut, das Kostenmodell dazu außerdem sehr theoretisch. Als bessere Lösung sehe er eine dezentrale Vergabe. Der örtliche Bauhof könne flexibel agieren und der Ortschaftsrat als Kontrollorgan wirken, schätzt er ein.

Herr Hammer befürchtet, dass die Sicherheit in Kindereinrichtungen unter dieser Maßnahme erheblich leide.

Herr Andrä kritisiert das Vergabeverfahren, jedoch sei es nun mal deutsches Recht.

Herr Renneberg kann auch nicht verstehen weshalb der Bauhof nicht mehr Aufgaben in Grüna wahrnehmen könne.

Herr Stengel schätzt abschließend ein, dass eine weitere Zentralisierung dem widerspreche, was der Ortschaftsrat bereits seit langem bemängelt.

Beschluss:

Die Maßnahmen 17/01, 17/02 und 17/03 werden, sofern diese Grüna betreffen, **mit 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.**

Maßnahme 21/02 (Einbeziehung)

Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer A ab 1.1.2011

Herr Stengel legt Aspekte pro und kontra zu dieser Maßnahme dar.

Nach kurzer Diskussion wird **einstimmig** erklärt, **sich nicht zu dieser Maßnahme zu äußern.**

Maßnahme FIWI/12 (Einbeziehung)

Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B ab 1.1.2011

Herr Dr. Hähle ist der Meinung, dass wir mit dieser Maßnahme leben könnten, weil alle Einwohner davon betroffen wären. Auch besäße die Stadt selbst steuerpflichtige Grundstücke.

Herr Andrä bemerkt dazu, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz nicht immer gefordert werden könne. Das sollten wir auch mal akzeptieren.

Herr Wirth kann auch nicht verstehen, dass wir sonst immer als Stadt gesehen werden, bei der Grundsteuer-Messzahl aber weiterhin als Gemeinde.

Herr Stengel stellt fest, dass vom Hebesatz alle gleich betroffen seien, jedoch die Messzahlen nach dem Willen der Stadt unterschiedlich bleiben sollen. Formaljuristisch sei das rechtens, jedoch sachlich nicht begründbar. Die herangezogenen Gerichtsurteile würden es nicht verbieten, die Messzahlen im aktuellen Stadtgebiet anzugleichen.

Beschluss:

Der Maßnahme FIWI/12 wird **mit 2 Stimmenthaltungen unter der Bedingung zugestimmt**, dass die unterschiedlichen Grundsteuer-Messzahlen im Stadtgebiet angeglichen werden.

Abstimmung über das Gesamtpaket:

Beschluss:

Das Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept 2015 der Stadt Chemnitz,
Vorlage Nr. B-177/2010 wird einstimmig abgelehnt.

Herr Dr. Hähle gibt abschließend bekannt, dass nach seiner Information die Stadtratsfraktion der CDU das Konzept ablehnen wird.

Herr Neubert ruft dazu auf, die Stadtratssitzung am 22. September zu besuchen, um unsere Forderungen entsprechend zu vertreten. Bisher seien Änderungsanträge nur von der Stadtratsfraktion „Pro Chemnitz“ eingegangen, fügt er an.

4 Informationen des Ortsvorstehers

In Anbetracht der Tatsache, dass wir erst kürzlich unsere planmäßige Sitzung durchführten, liegen derzeit keine weiteren Informationen vor.

5 Anfragen der Ortschaftsratsmitglieder

Herr Hammer macht auf die Parksituation vor dem Fitness-Studio an der Chemnitzer Straße aufmerksam. Man solle wegen der extremen Sichtbehinderung die Parkmöglichkeiten auf drei Fahrzeuge beschränken oder auf den Parkplatz am ehemaligen Kino ausweichen.

Herr Neubert muss Letzteres verneinen, weil angesprochene Parkplätze kostenpflichtig und in Privathand sind.

Frau Schubert fragt an, wer die Asphalt-Ausbesserungen im Pflaster der August-Bebel-Straße veranlasst hat. Die Flickstellen würden keine große Lebensdauer besitzen, da sich schon Wasser unter dem Füllgut ansammle.

6 Einwohnerfragestunde

Ein Anwohner der Chemnitzer Straße fragt an, über welchen Zeitraum sich die Erneuerung der Deckschicht noch hinziehen werde. Auf einem Aushang war zu lesen, dass bis 19. September die Arbeiten beendet sein sollten.

Herr Neubert ist insoweit informiert, dass die Arbeiten für dieses Pilotprojekt von einer profilierten Firma ausgeführt werden, welche deutschlandweit tätig ist. Zur Ausführung entsprechender Arbeiten müsse es trocken sein. Aus diesen Gründen sei eine wiederholte Verzögerung eingetreten. Erschwerend sei die Kanalbaustelle an der Neustädter Straße hinzugekommen, weil dies zeitlich nicht so abgestimmt worden war.

Herr Focker fragt an, wer den kleinen Parkplatz neben der Apotheke bewirtschaftet. Die Ordnung ließe dort zu wünschen übrig, und im Winter würde der Fußweg nicht gestreut.

Herr Neubert bittet hier um Verständnis, da der Platz Privatgelände und eigentlich gar kein Parkplatz sei; der Eigentümer würde das Parken nur dulden. Wir sollten also keine übertriebenen Forderungen stellen – der Winterdienst sei allerdings ein anderes Problem.

Herr Naumann ist erfreut, dass der Ortschaftsrat sich zur Grundsteuer B ausspricht, und bedankt sich dafür. Er habe nach einer Anfrage bei der Stadt keine erbauliche Antwort erhalten.

Herr Herrmann kommt noch einmal auf die Maßnahmen 17/01 bis 17/03 zurück. Auch seiner Meinung nach sei das Vergaberecht eine schwierige Sache. Man solle dabei vielleicht einmal das Prozedere der Ausschreibungen überdenken und vergleichen, wie in anderen Städten mit dem Problem umgegangen wird.

7 Benennung von zwei Ortschaftsratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Grüna

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden nach Absprache die Ortschaftsräte Herr Hammer und Herr Mai benannt.

Datum L. Neubert
Ortsvorsteher

Datum U. Hammer
Mitglied des
Ortschaftsrates

Datum A. Mai
Mitglied des
Ortschaftsrates

Ausgefertigt:

Datum Ch. Vieweg
Schriftführer